

Der Unrechtsstaat

Unter dem Schutz des Großen Bruders und gehorsam seinen Befehlen haben die Bundesregierungen seit Adenauer das Recht immer wieder auf das Größte verletzt und das Volk immer wieder verraten. Der sich rühmt, ein „Rechtsstaat“ zu sein, ist wohl der übelste Unrechtsstaat, der je auf deutschem Boden bestand.

Sehen wir uns die größten Rechtsbrüche des Staates „BRD“ an! Ich bringe sie in logischer, nicht in zeitlicher Folge.

1952: Konrad Adenauer, Bundeskanzler, schließt mit Nahum Goldmann einen Vertrag auf Entschädigung der jüdischen Opfer des Dritten Reiches, ohne das Volk zu fragen, und mit der Bedingung, daß die zu Entschädigenden keinen Beweis ihrer Leiden oder des Todes ihrer Angehörigen bringen müssen: Der erste Fall der Rechtsgeschichte, daß nicht zu beweisende Taten strafbar sind. Und bestraft werden Nicht-Täter.

27.03.1952: Das Wiedergutmachungsabkommen der BRD mit Israel.

1950: Die BRD wird in den „Europa-Rat“ aufgenommen, ohne Volksabstimmung.

23.10.1954: Die „Pariser Verträge“ mit ihren Folgeverträgen: Eintritt in die Westeuropäische Union (WEU), Beitritt der BRD zum Nordatlantikpakt (Vertrag vom 04.04.1954), Gründung der Bundeswehr. Bei allen diesen Verträgen und Neuerungen wurde das Volk nicht gefragt.

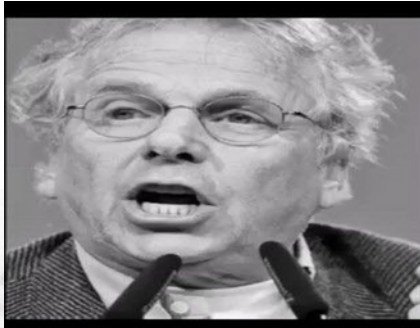
07.05.1956: Das Bundeswahlgesetz führt unter Bruch des Grundgesetzes die Listenwahl über die Zweitstimmen ein.

24.07.1967: Das Parteiengesetz, das wahrheitswidrig behauptet, daß das Grundgesetz den Parteien eine ihnen obliegende Aufgabe stelle und daß es diese öffentliche Aufgabe verbürge, dient den Parteien dazu, sich zu der eigentlichen Macht im Staate zu machen.

Am **03.03.1989** wird dieses Gesetz mit weiteren rechtswidrigen Vollmachten für die Parteien versehen. Hier beschlossen die Parteien des Bundestages über ihren eigenen Rechtsstand, ohne das Volk zu fragen. Sie ersetzen damit das Volk als den Souverän und setzen sich selbst an seine Stelle.

08.05.1955: Vollzug des Beitritts der BRD zur NATO. Die Bewaffnung der BRD ist nicht die Wiederbewaffnung des Deutschen Reiches. Sie ist vielmehr die Schaffung einer von den Siegermächten des Krieges geführten Teiltruppe der NATO auf deutschem Boden. Das Volk ist auch hier weder richtig unterrichtet noch gar gefragt worden.

01.09.1973: Die BRD tritt den Vereinten Nationen bei, jedoch verlangte die Delegation der BRD bei den Beitrittsverhandlungen nicht die Streichung der Feind-



„Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern. „

Daniel Cohn-Bendit,
Bündnis90/Die Grünen

staatenklauseln, vielmehr erkannte sie die Statuten der V.N. voll an. Damit blieb das Deutsche Reich Feindstaat der V.N., und die BRD wurde zusammen mit allen anderen Mitgliedern der V.N. zum Feindstaat des Deutschen Reiches, denn der Staat BRD kann nicht gleichzeitig ein anderer Staat sein, also auch nicht das Deutsche Reich. Mit diesem Beitritt hinterging die Staatsführung der BRD das Volk; denn für die BRD erübrigte sich nun ein Friedensvertrag, der aber dem Deutschen Reich bis heute vorenthalten wird. (Brief A.A. 08.01.1997)

13.06.1985: Abschaffung des Rechts auf die freie Meinungsäußerung durch das 21. Strafrechtsänderungsgesetz.

vor 1988: Das Deutsch-Türkische Abkommen über Soziale Sicherheit gewährt den in der Türkei lebenden Familienangehörigen in Deutschland lebender Türken den Krankenversicherungsschutz nach deutschem Recht.

23.09.1990: Änderung der Präambel des Grundgesetzes. Streichung des Willens des Volkes, „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren“. Das heißt: Grundgesetzliche Abschaffung des deutschen Nationalstaates. Das Volk wurde nicht gehört. Es wurde bewußt getäuscht.

12.09.1990: Der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ (der den unwürdigen Namen „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ trägt): Dem Vertragsabschluß ging das Angebot von Michail Gorbatschow voraus, nach Absprache mit der Republik Polen die Deutschen Ostgebiete jetzt an Deutschland (also an die BRD) zurückzugeben. Der Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher lehnten das ab. Kohl belog das Volk, die Wiedervereinigung sei ohne den Verzicht auf die Ostgebiete nicht zu haben gewesen. Auch die Westalliierten hätten sich dem Vorschlag Gorbatschows nicht widersetzen können, denn sie hatten sich ja verpflichtet, die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands zu betreiben (nicht nur zu erlauben oder zu fördern).

Auf dem Weg zur Europäischen Union

25.03.1957: Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ und Bildung der EWG. Die Abschaffung der nationalen Wirtschaftshoheit. **08.04.1965:** Unterzeichnung des Vertrages zur Einsetzung eines „gemeinsamen Rates“ und einer „gemeinsamen Kommission“ der Europäischen Gemeinschaften. Das war der nächste Schritt, um „das Tor zu Europa aufzustoßen“ (Kohl). Der Vorgang wurde schrittweise - nach und nach - vollzogen.

07.10.1979: Erste Direktwahl zum „Europäischen Parlament“. Das war der nächste Schritt.

28.02.1986: Unterzeichnung der „Einheitlichen Europäischen Akte“. Wieder ein Schritt.

03.10.1990: Beitritt der DDR zur BRD und Eingliederung beider in die Europäische Gemeinschaft. Ist nun die Entwicklung ganz unumkehrbar?

28.12.1992: Ratifizierungsgesetz des „deutschen“ Bundestages zum Vertrag über die Europäische Union. Damit ist der Staat der Deutschen, auch wenn er nur ein Übergangsstaat war, abgeschafft.

Folgende Hoheitsrechte, die einen souveränen Staat kennzeichnen, sind damit für die BRD abgeschafft und der „EU“ übertragen:

a.) Die Gebietshoheit (Asylgesetz, Schengener Abkommen).

b.) Die Kulturhoheit (schleichend).

c.) Die Wehrhoheit (die liegt bei der EU und ist der NATO übertragen).

d.) Wirtschaftshoheit (die deutsche Wirtschaft wird in Brüssel kontrolliert, verwaltet, gelenkt, was auch immer).

e.) Die Währungshoheit (die Deutsche Mark wurde durch den Euro abgelöst, also abgeschafft).

f.) Die Sozialhoheit (unter dem Namen „Harmonisierung“) abgeschafft.

g.) Die Zollhoheit (sie liegt schon lange in fremder Hand).

h.) Durch ein Geflecht von Einzelabkommen ist auch die Justizhoheit, die Hoheit der Außenpolitik, das Menschenrechtswesen, ja sogar die Sprachhoheit mit vielen Teilbereichen den Deutschen geraubt worden. Dazu kommt die Kastrierung der Deutschen: In der „feierlichen Erklärung des Bundestages“ vom 02.02.1992 heißt es: „Deutschland darf kein weiteres Mal der Gefahr des Nationalismus erliegen.“ Der Bundesrat hat sich diesem Entmannungsdiktat angeschlossen.

07.02.1992: Bei den einzelnen Schritten bis zum Vertrag von Maastricht wurde das deutsche Volk nicht gehört, weil Kohl erklärte:

a.) Das versteht der kleine Mann doch nicht.

b.) Volksabstimmungen sind im Grundgesetz nicht vorgesehen.

c.) Sie sind da auch nicht erlaubt.

Alle drei Gründe sind erlogen.

Ende 1990: Kohl schließt mit Galinski (dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland) insgeheim, also hinter dem Rücken des Volkes und unter Umgehung der vom Gesetz vorgeschriebenen Staatsorgane, den Vertrag, der mit unwahren Rechtsgründen die Masseneinwanderung von „Bürgern jüdischer Nationalität“ aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland vorsieht.

01.01.2000: Das Gesetz zur Einführung der Doppelten Staatsbürgerschaft für Fremde tritt in Kraft. Mit diesem Gesetz werden Fremde gegen das bestehende Recht zu „Deutschen“ gemacht. Ihnen wird das den Deutschen nicht erlaubte Recht auf zwei Staatsbürgerschaften gewährt, womit das grundgesetzliche Gebot der Gleichheit aller vor dem Gesetz gebrochen wird. Das Volk wurde nicht gefragt. Eine von der Opposition durchgeführte Unterschriftensammlung gegen diesen Rechts-

bruch versuchte die plötzliche Abschaffung des Volkes mit diesem Gesetz durch die schleichende Umvolkung zu ersetzen. Dieser „Integration“ genannte Plan wird in der Tat seit Jahren wie ein heiliges Dogma verfochten, obwohl er längst gescheitert ist, weil er scheitern mußte. Seither hat man von dieser Unterschriftensammlung nie wieder etwas gehört. Die Karawane des Unrechts zieht weiter.

1995: Eine Gruppe von Betrügern gründet eine Firma namens „Institut für Sozialforschung“, eröffnet eine Ausstellung mit dem Namen „Vernichtungskrieg – Verbrennen der Wehrmacht“. Mit dieser Ausstellung ziehen diese Betrüger durch die BRD und Österreich und veranstalten in vielen Städten Aufführungen. Die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts Erika Limbach, Ministerpräsident von Hessen Hans Eichel, Oberbürgermeister großer Städte und hohe Parteifunktionäre halten die Eröffnungsrede und geben damit dem Schwindel amtliche Weihen. Obwohl Fälschungen und Fehlbezeichnungen nachgewiesen sind, werden die vielen Strafanzeigen gegen diesen gigantischen Betrug nicht verfolgt.

1949/2000: Die hier genannten Rechtsbrüche sind nur Beispiele. Dutzende ähnliche Fälle wurden dem deutschen Volke auf allen denkbaren Gebieten zugemutet, wie etwa: Renten an Ausländer, Drogenhandel, Jugendkriminalität, „humaner“ Strafvollzug, Pro Familia, Schulwesen, Rentenrecht, Pornographie, Parteienkorruption, Geschichtsfälschungen, Ämterwillkür, Goetheinstitute, Sudelkunst, Verschleuderung von Volksvermögen („Tafelsilber“), Telekom, Strafrechtsverfall, Gedenkstätten, Sprachverstümmelung, Familienrecht, „Integration“, Überfremdung usw.

Der geistige Nährboden dieses andauernden, teils schleichenden, teils galoppierenden Hochverrats (des Verrats am Souverän, dem deutschen Volk) offenbarte sich nach der nicht-öffentlichen Sitzung (also einer Geheimsitzung) eines sogenannten „Kunstbeirats des Deutschen Bundestages“ vom 02.11.1999. Von den 12 Mitgliedern dieses Beirats erwiesen sich elf als Hochverräter, Volksverräter (und nicht zuletzt auch als Kunstbanausen). Statt der ehrwürdigen, wahren und rechten Widmung des Deutschen Bundestages sollen dort über dem Eingang die Worte „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ verschwinden und mit der Beschriftung eines Machwerks im Innenhof des Reichstages ersetzt werden: „DER BEVÖLKERUNG“. Die Verräter, die diesen brutalen Überfall auf das Gemüt der Deutschen verübt haben, seien genannt. Einer ist Präsident des Bundestages, eine andere war Präsidentin. Alle sind Abgeordnete des „Deutschen“ (?) Bundestages: Herr Thierse, Frau Süßmuth, Frau Brandt-Elsweiler, Frau Schmidt, Frau Blank, Herr Weisskirchen, Frau Schröter, Frau Vollmer, Frau Eichstädt-Bohling. Diesen Personen wird zu gegebener Zeit die Strafe gegeben werden. Ein Mitglied des Beirates stimmte dagegen: Volker Kauder. Ehre seinem Namen!

Ich fasse zusammen:

1. Das Deutsche Reich besteht nach wie vor.
2. Die BRD und die Republik Österreich sind nicht Teile des Deutschen Reiches. Vielmehr sind ihre Gebiete Teile des Gebietes des Deutschen Reiches, ebenso wie die deutschen Ostgebiete, das Sudetenland, Südmähren und die Südsteiermark.
3. Die BRD und die Republik Österreich sind Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen. Damit sind sie an die Statuten der V.N. gebunden. Insbesondere haben sie die Feindstaatenklauseln der V.N. zu befolgen, die Artikel 54 und 107 der Statuten der V.N.
4. Die Vereinten Nationen sind ein gegen das Deutsche Reich gegründetes Bündnis. Damit sind alle ihre Mitglieder Feinde des Deutschen Reiches und das Deutsche Reich ist ihr Feind.
5. Die BRD ist ein Nicht-Staat. Die BRD ist ein Scheinstaat. Die BRD ist ein Unrechtsstaat, und all das trifft auch auf Österreich zu. Insbesondere aber ist die BRD als Mitglied der V.N. Feindstaat des Deutschen Reiches.
6. Die BRD kann keinen Friedensvertrag schließen, denn sie wurde erst nach dem Ende des Krieges gegründet. Einen Friedensvertrag kann nur das Deutsche Reich schließen.

7. Die BRD konnte und kann keine Staatsverträge mit fremden Staaten schließen, denn ihr Land ist von den Kriegssiegern (Kriegsgegnern) besetzt. Alle Staatsverträge, die sie je schloß, sind deshalb null und nichtig. Es ist zu prüfen, ob das auch für Österreich gilt.

8. Sowohl nach internationalem Recht wie nach dem Völkerrecht und auch wegen der hierin beschriebenen Rechtsbrüche der BRD ist das deutsche Volk nicht frei. Sein Land ist besetzt. Es hat keine legitimierte Staatsführung.

9. Im Sinne des griechischen Fremdwortes „Demokratie“ (=Volksherrschaft) ist die BRD keine Demokratie, denn das Volk ist entmachtet. Die Macht in der BRD liegt in den Händen fremder Staaten und Einrichtungen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist dem deutschen Volk ein Fremdstaat.

zusammengestellt von J. P. Ney

„Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Einzug gefunden hat in die Geschichtsbücher der Besiegten und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden.“

Walter Lippmann

Das Bundesverfassungsgericht hat am 21. 10. 1987 entschieden:

„Es besteht die Wahrungspflicht zur Erhaltung der Identität des Deutschen Volkes.“

Das ist ein natürliches Prinzip:
Die Bewahrung der eigenen Art

Bundesregierung, Bundesparteien und veröffentlichte Meinung scheinen dies zu mißachten. Sollte denn die Auflösung des Deutschen Volkes und die Auslöschung einer deutsch geprägten Kultur das Ziel dieser Politik sein?

